

Meldungen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

Präsident stimmt neuem Anti-Terrorismus-Gesetz zu

Der Streit um den Erlaß des neuen Anti-Terrorismus-Gesetz ist mit der Zustimmung von Präsident Shahabuddin Ahmad Mitte Februar zumindest juristisch erst einmal beendet. Damit kann die 'Public Safety Bill', die den Sicherheitskräften weitreichende Vollmachten einräumt, in Kraft treten. In einer Pressemitteilung des Parlaments wurde erklärt, der Präsident habe dem Gesetz zugestimmt und damit Spekulationen beendet, er könne es wegen seiner Bedenken, es verstoße gegen Bürgerrechte, an das Parlament zurückweisen. Zuvor hatte ihm Premierministerin Sheikh Hasina versichert, einige Passagen des Gesetzes noch entschärfen zu wollen.

Die 'Public Safety Bill' ist innerhalb der Opposition auf scharfe Kritik gestoßen. Um das Gesetz doch noch zu Fall zu bringen, riefen die oppositionelle 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und drei mit ihr verbündete Parteien zu einem dreitägigen Generalstreik auf, der wieder einmal von Gewalttätigkeiten begleitet war. Nach Presseinformationen sollen bei Ausschreitungen zwischen Regierungsanhängern und Oppositionellen mindestens eine Person getötet und über 40 verletzt worden sein. Gleichzeitig suchte die BNP mit Präsident Ahmad Gespräche, um ihn doch noch zu einer Ablehnung des Gesetzes zu bewegen.

Proteste während der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Amartya Sen

Während der Verleihung der Ehrendoktorwürde an den indischen Nobelpreisträger Amartya Sen durch die Dhaka Universität kam es zu massiven Protesten und Ausschreitungen seitens rechtsgerichteter und islamistischer Studentengruppen. Es kam zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten auf dem Campus, wobei von der Polizei Tränengas eingesetzt werden mußte. Informationen zufolge sollen bei den Ausschreitungen auch zwei Studenten getötet worden sein, als sich Studenten, die dem Pro und Anti-Regierungslager zugerechnet werden, Schußwechsel lieferten.

Sen, der den Nobelpreis für Wirtschaft im vorletzten Jahr verliehen bekam, war zu einer Feier der Universität Dhaka geladen. Die oppositionelle 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und ihre islamistischen Bündnispartner riefen zu einem Protest auf, weil gleichzeitig mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Sen auch Premierministerin Sheikh Hasina die Auszeichnung für ihre Friedensanstrengungen, die Reduzierung der Armut, die Stärkung der Rechte der Frau sowie der Rückgewinnung demokratischer Verhältnisse verliehen bekam.

Aufstand von Gefangenen aus Myanmar

In einem Gefängnis in Sylhet, 340 km nordöstlich der Hauptstadt Dhaka, kam es zu einer Revolte, die Mitte Februar mindestens zwei Schwerverletzte forderte. Den 18 Insassen aus dem Nachbarland Myanmar (Burma) gelang es, während eines Ausgangs die Gefängniswächter zu überwältigen. Die Flucht über die Gefängnismauer wurde jedoch von anderen Wärtern durch Schüsse verhindert. Hintergrund der Revolte ist die Weigerung Myanmars, die Insassen, die wegen Grenzdelikten eingewiesen, ihre Strafen jedoch bereits 1998 verbüßt hatten, in ihr Heimatland zurückkehren zu lassen. Außer den 18 Insassen, die die Revolte angezettelt hatten, befinden sich im Gefängnis von Sylhet weitere 79 Staatsbürger Myanmars, denen ebenfalls die Wiedereinreise in das Heimatland verweigert wird. Die Gefängnisleitung erklärte, die Gefangenen würden erst dann wieder auf freien Fuß gesetzt, wenn sich die Regierung Myanmars bereiterklären würde, ihre Staatsbürger einreisen zu lassen.

Indien wünscht die Kooperation Bangladeshs bei der Bekämpfung von Aufständischen

Ajit Panja, indischer Staatsminister im Außenministerium, hat Ende Januar Bangladesh besucht, um die Kooperation Dhakas zur Bekämpfung aufständischer Gruppen in den indischen Nordost-Bundesstaaten zu suchen. Für die Hilfe Bangladeshs versprach Panja dem Land finanzielle Hilfen Indiens bei der Kreditvergabe (zwei Milliarden Rupien) und Importen bangladeshischer Waren in das

Nachbarland. Indien wirft dem pakistanischen Geheimdienst vor, in den Bundesstaaten Assam, Nagaland und Manipur Volksstämme gegen die indische Zentralregierung aufzuhetzen und auf dem Territorium Bangladeshs Trainingslager für anti-indische Kämpfer zu unterhalten. Dhaka, das die Existenz solcher Trainingslager verneint hat, sagte Indien jedoch zu, keinen militanten Gruppen Unterschlupf zu gewähren. Panja ist seit der erneuten Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) der ranghöchste Vertreter der Regierung Vajpayee der Bangladesh besuchte.

Streit soll beendet werden

Ein fast dreißig Jahre andauernder Streit zwischen Indien und Bangladesh über den Grenzverlauf entlang des Flusses Muhuri soll beigelegt werden. Dies war das Ergebnis einer Zusammenkunft indischer und bangladeshischer Grenzsicherer im Grenzort Majumdarhat nahe der Grenze zum indischen Bundesstaat Tripura. Der Konflikt, der so alt wie der Staat Bangladesh ist, hatte in der Vergangenheit immer wieder zu meist blutigen Zusammenstößen zwischen Grenzposten beider Länder geführt. Den letzten Konflikt gab es im August vergangenen Jahres, als hunderte von Anwohnern ihre Dörfer verließen, nachdem es zwischen den Grenzsicherern beider Länder zu tagelang andauernden schweren Kämpfen um ein kleines Stück Land kam, das sowohl Indien als auch Bangladesh für sich beanspruchen.

18 Islamisten verhaftet

Die Polizei hat im Süden von Bangladesh ein Versteck einer extremistischen islamistischen Gruppierung gestürmt und 18 Mitglieder festgenommen. Wie verschiedene Zeitungen mitteilten, sollen zahlreiche Waffen und Munition sowie Propagandamaterial beschlagnahmt worden sein. Die Gruppierung 'Islamic Jihad' wird von der Polizei für eine Reihe von Bombenanschlägen auf Märkte und Geschäftshäuser in der Region von Jhalakati, 210 Kilometer südlich der Hauptstadt Dhaka, verantwortlich gemacht.